



Presseinformation des AOK-Bundesverbandes vom 7.3.2016

Pflege-Report 2016

Pflegende Angehörige kennen Unterstützungsangebote, nutzen sie aber wenig

Berlin. Die meisten pflegenden Angehörigen kennen die zusätzlichen Unterstützungsangebote der gesetzlichen Pflegeversicherung. Genutzt werden sie aber häufig nur von einer Minderheit. Das ergibt eine aktuelle Befragung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) unter 1.000 pflegenden Angehörigen im Rahmen des Pflege-Reports 2016. Gleichzeitig sagt jeder vierte Pflegehaushalt, der weder Pflegedienst noch Tagespflege oder Kurz- und Verhinderungspflege in Anspruch nimmt, dass er genau diese Leistungen eigentlich benötige.

Unter den Nutzern der zusätzlichen Entlastungsleistungen ist die Zufriedenheit hoch, und das professionelle Pflegepersonal wird als kompetent eingestuft. Allerdings werden mit Ausnahme des Pflegedienstes (Nutzung durch 64 Prozent) alle anderen Angebote von weniger als jedem fünften Befragten in Anspruch genommen.

Als Gründe werden zum Beispiel Kosten, mangelnde Erreichbarkeit oder schlechte Erfahrungen angegeben. Die am häufigste genannte Ursache ist jedoch: Viele Pflegebedürftige wollen nicht von einer fremden Person gepflegt werden.

Antje Schwinger, Pflegeexpertin des WIdO und Mitherausgeberin des Reports, sieht hier Barrieren. „Wir müssen die Bedürfnisse der Betroffenen noch besser verstehen und gleichzeitig mit guter Beratung und niedrigschwelligen Angeboten überzeugen. Allerdings zeigt sich hier auch ein tief sitzendes Selbstverständnis von familiärer Pflege, in das Pflichtgefühl und Scham mit hineinspielen.“

Angesichts der Umfrageergebnisse unterstreicht der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, die Bedeutung von gezielter Beratung. „Die AOK-Pflegekasse hat rund 700 Pflegeberater im Einsatz. Diese kommen auf Wunsch auch zu den Menschen nach Hause und klären in einem

persönlichen Gespräch den konkreten Hilfebedarf. Dann wird gemeinsam ein individueller Versorgungsplan aufgestellt.“ Dass Beratung wichtig ist, auch das geht aus der WIdO-Befragung hervor. Dreiviertel der Nutzer von Beratungsgesprächen geben an, dass ihnen diese geholfen haben.

Gleichzeitig fordert Litsch eine Straffung bei den Regelungen. „Die Pflegeversicherung hat sich bewährt. Aber wir müssen ihre Leistungen noch einfacher und flexibler gestalten.“ Zum Beispiel könne man die beiden Leistungen „Verhinderungspflege“ und „Kurzzeitpflege“ zusammenlegen. „Statt hier zwei verschiedene Regelungen und Budgets vorzusehen, sprechen wir uns für die Bündelung aus. Es geht um 3.224 Euro für 14 Wochen je Kalenderjahr. Pflegende Angehörige wissen selbst am besten, wie sie während einer Auszeit das Geld am sinnvollsten einsetzen können.“

Die Arbeitsleistung von pflegenden Angehörigen veranschaulicht der Chef des AOK-Bundesverbandes mit einer einfachen Rechnung. „Wenn man die Stundenzahl, die pflegende Angehörige aufwenden, mit dem heutigen Mindestlohn multipliziert, dann liegt die Wertschöpfung bei sage und schreibe rund 37 Milliarden Euro pro Jahr. Eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, dass die Pflegeversicherung selbst nur ein Einnahmenvolumen von rund 26 Milliarden Euro umfasst.“

Der spezifische Versorgungsmix aus familiärer und professioneller Pflege biete zwar gute Voraussetzungen für die Bewältigung des steigenden Pflegebedarfs, so die Mitherausgeberin des Reports, Prof. Adelheid Kuhlmei, aber dazu müssten die vorhandenen Potenziale auch voll ausgeschöpft werden. „Entwicklungsmöglichkeiten für die professionelle Pflege liegen in der gemeinsamen Ausbildung von Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege sowie der weiteren Akademisierung.“ Man wisse aus anderen Ländern, dass die Akademisierung der Pflege- und anderer Gesundheitsberufe sich äußerst positiv ausgewirkt habe. „Bildung und Aufwertung, das ist die zentrale Botschaft, die wir dem Report entnehmen können.“

Zugleich betont Kuhlmei, Pflege endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen: „Das Engagement der Städte und Gemeinden ist bisher noch sehr unterschiedlich ausgeprägt.“ Spätestens mit dem Pflegestärkungsgesetz müsse es aber auch auf kommunaler Ebene zu Veränderungen kommen.“ Damit spielt Kuhlmei auf die Förderung von regionalen Quartierskonzepten an, für die pro Kreis oder kreisfreie Stadt seit 2016 jährlich 20.000 Euro zur Verfügung stehen und auch für Pflege eingesetzt werden sollten.

Mehr Unterstützungsmöglichkeiten sieht Kuhlmei noch an anderer Stelle: „Pflege ist überwiegend noch Frauensache. Die Gleichstellungsdebatte sollte auch auf diesen Bereich ausgeweitet werden.“

ANSPRECHPARTNER

Dr. Kai Behrens | Pressesprecher | 030 34646-23 09 | presse@bv.aok.de